



Widerstand gegen den Sparterror der Regierung

Karl Heinz Grasser, der FPÖ-Neofinanzminister hat das erste Budget der neuen Regierung präsentiert. Er stieß - wenig erstaunlich - auf Lob seitens der Wirtschaft, FPÖ und ÖVP. Doch auch die – vermeintlich – regierungskritischen Medien stilisierten den Aufsteigertyp und Yuppie zu ihrem Liebling in der neuen Regierung.

VON DAVID MUM, SLP-WIEN-WEST

Karl Hein Grasser gelingt es im wesentlichen Arroganz mit Ignoranz gegenüber den ArbeitnehmerInnen, PensionistInnen und Arbeitslosen zu verbinden. Er versuchte allen Ernstes sein Budget als „sozial gerecht“ zu verkaufen. Die Argumente die dafür ins Treffen geführt werden, sind allerdings mehr als dreist.

LÜGE: BUDGETSANIERUNG SCHAFT SOZIALE GERECHTIGKEIT

Den Vogel schossen die Vertreter der neuen Regierung damit ab, dass sie alle erklären, Sparen - egal wo und auf wessen Kosten - sei prinzipiell sozial ausgewogen. FPÖ-Finanzsprecher Prinhorn argumentierte: „Durch die vorwiegend ausgabenseitige Sanierung, ist aber jedenfalls gewährleistet, dass bei den Sparmaßnahmen sozial gerecht vorgegangen wird. Dabei werden etwa Privatisierungen oder auch die Verwaltungsreform eine Rolle spielen. Man muss die jetzt angepeilten Maßnahmen, etwa eine leichte Erhöhung der Steuern und Gebühren mittel- und langfristig betrachten: letztlich wird es mehr Einkommen und mehr Arbeit für die Bürger geben“. Diese Logik ist einfach – und falsch: Durch Sparen bei den Staatsausgaben oder auch Sozialabbau (=ausgabenseitig) kann keine soziale Gerechtigkeit garantiert werden.

DIESE REGIERUNG IST UNSOZIAL

In Prinhorns Horn bläst auch ÖVP-Klubobmann Andreas Khol, der den unsozialen Charakter des Budgets so vom Tisch wischen will: Es sei „unsozial, Schulden zu machen“. Tatsächlich sind von der Reduktion der Staatsausgaben in erster Linie sozial Schwache betroffen.

Gespart wird bei den ArbeitnehmerInnen, PensionistInnen, sozialen Einrichtungen, Hilfsorganisationen und gemeinnützigen Vereinen, bei der Frauenpolitik und den Universitäten. Beim Bund wird Personal abgebaut, es sollen 9.000 Stellen nicht nachbesetzt werden. Die einnahmeseitigen Maßnahmen - Steuer-, Abgaben- und Gebührenerhöhungen im Rahmen von sieben Milliarden - gehen auch vor allem zu Lasten der Niedrigverdiener. Sie machen in absoluten Schillingbeträgen für Kleinverdiener dasselbe wie für Großverdiener aus.

STEUERPARADIES ÖSTERREICH

Während also durch Sozialabbau gespart wird, bleiben die Reichen von der Budgetkonsolidierung verschont: Österreich hat mit dem Stiftungsrecht eine steuerliche Privilegierung der Superreichen geschaffen, die für die Klein- und Durchschnittsverdiener eine Frechheit darstellt. So schrieb die Presse am 1.12.1999: „Österreich ist Steuerparadies“: „Wer über ein großes, flüssiges Geldvermögen verfügt, ist steuerlich in Österreich viel besser bedient als in den Nachbarländern.“ So viel zum Hochsteuerland Österreich. Laut Trend, 12/99 sind österreichweit in rund 1200 Stiftungen bis zu 500 Mrd. S geparkt. Durch diese Regelung ersparte sich Karl Wlaschek beim Billaverkauf 1996 rund 5 Mrd.S. Steuergeld. Denn über eine Stiftung können Beteiligungen steuerfrei verkauft werden.

DEN REICHEN WIRD GEGBEN

Österreich wirbt im Ausland mit folgenden Argumenten um Investoren: Austrian Business Agency Inserat Wirtschafts-Spiegel 7-8/97: „Steuerparadies Österreich“: folgender Untertitel: „Halbe Ab-

Gegen diese Regierung und gegen jede Regierung mit einem derartigen Programm ist Widerstand notwendig.



gabenlast, großzügige Möglichkeiten der Gewinnminderung - in Österreich geht es deutschen Unternehmen gut, Sonntagsarbeit ohne Zuschlag: flexible Arbeitszeiten ermöglichen Einsparungen in Millionenhöhe“ Wer glaubt angesichts dieser steuerlichen Schonbehandlung der Reichen und Gewinneinkommen und Vermögen, werden diese im Zuge der Sparmaßnahmen verstärkt herangezogen, irrt gewaltig. Das Gegenteil ist der Fall: Vor diesem Hintergrund hat die neue Regierung angekündigt, die Spekulationsertragssteuer, die Spekulationsgewinne auf der Börse besteuern würde und die in der Steuerreform des letzten Jahres beschlossen wurde, nicht einzuführen. Wer sich also im Schweisse seines Angebots durch Aktienkäufe und -verkäufe durch ehrliche Arbeit sein kleines Einkommen erwirtschaftet, kann weiterhin mit Schonbehandlung durch den Fiskus rechnen.

SCHMERZEN FÜR ARBEITNEHMERINNEN

Nur Kanzler Schüssel konnte sich der Realität nicht ganz verschließen: Budgetsanierung, sei niemals „schmerzlos“. Aber auch das stimmt nur für die ArbeitnehmerInnen. Denn sicher ist die Budgetsanierung für die älteren ArbeitnehmerInnen schmerzvoll, die erst eineinhalb Jahre später in Pension gehen dürfen, weil die Regierung bei den Pensionen 15 Mrd. Schilling einsparen will. Des Weiteren kommt hinzu, dass um die letzten Reste öffentlichen Eigentums in Österreich verscherbelt werden sollen. „Jetzt ist Schluss mit lustig“ meinte Prinhorn zur geplanten vollständigen Privatisierung. Das bedeutet für viele KollegInnen Arbeitsplatzabbau und für die künftigen Eigentümer die Privatisierung von Gewinnen (Austria Tabak, Post).

WIDERSTAND

Diese Regierung betreibt eindeutig Politik für das Kapital. Die Erhöhung der Massenabgaben trifft die „kleinen Leute“ voll, während die Unternehmer unter anderem durch die Senkung der Lohnnebenkosten mit zirg Milliarden – 15 Mrd. werden kolportiert - beschenkt werden. Dass schon „Rot-Schwarz“ viele Punkte des neuen Regierungsprogrammes durchführen wollte, zeigt nur eines allzudeutlich: Wichtig sind jetzt Maßnahmen der Betroffenen und der Gewerkschaften, um diese arbeitnehmerInnenfeindlichen Politik und Regierung nicht durchkommen zu lassen. Die SLP tritt, wie auch in der Vergangenheit, massiv für eine kämpferische Opposition gegen die Angriffe der Regierung und des Kapitals ein, da es jetzt wichtig ist, dass die Protesete nicht abreissen, sondern ausgeweitet werden.

Neuwahlen?

Seit Wochen gehen zehntausende ArbeitnehmerInnen und Jugendliche gegen Blau-schwarz auf die Straße. Doch mit welcher Perspektive und Alternative zu dieser Bundesregierung? Droht die Bewegung in eine Sackgasse zu laufen? Die Demokratische Offensive hat einen scheinbar einfachen Ausweg parat: Sie fordert mit einer groß angelegten Unterschriftenkampagne Neuwahlen. Doch Meinungsumfragen geben der FPÖ derzeit gute Chancen stärkste Partei zu werden. Und wäre „Rot/grün“ wirklich die Lösung? Warum die Neuwahlforderung abgehoben von der Realität und der Bewegung ist und unsere Vorschläge um den Widerstand auszuweiten auf

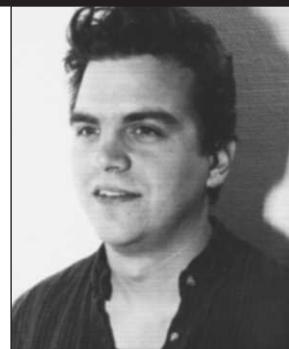
Regierungsprogramm

Das Programm der neuen Regierung bietet für jede/n etwas: Für die Reichen Steuergeschenke, für die ArbeitnehmerInnen Belastungen, für Kranke Selbstbehalte, für alte Menschen Pensionskürzungen und für Frauen „Zurück an den Herd“. Punkt für Punkt haben wir dieses Programm aufgerollt und so manches verdeckte Schmankerl dabei entdeckt. Der Befund über dieses Programm ist eindeutig: Neoliberal und reaktionär. Es ist eine Kampfansage an alle verbliebenen Eckpfeiler des Sozialstaates. In einem weiteren Teil stellen wir die „Sparlogik“ - von der Regierung und Opposition gleichermaßen überzeugt sind, grundsätzlich in Frage.

Russland: Ras-Putin

Die Wahl des neuen russischen Präsidenten ist von Schlagworten überlagert: Der starke Mann den „die Russen“ angeblich wollen, der Vertreter des Jelzinismus ohne Jelzin, der Kriegsheld, etc ... Tatsächlich steht Putsch der schwachen kaum in der Bevölkerung verankerten politischen Kaste vor. Die Wahlbeteiligung ist bei diesen Wahlen dramatisch gesunken, selbst der ORF kam nicht umhin Interviews mit der russischen Bevölkerung zu zeigen, deren Grundton „alle Politiker sind sich einig - gegen uns“ war. Über die Perspektiven der einstigen Supermacht nach Putins Wahl und die Möglichkeiten der russischen SozialistInnen berichten wir auf

ndpunkt + Der Standpunkt + Der Standpunkt + Der



VON MICHAEL GEHMACHER, SLP-BUNDESLEITUNG

Die blauschwarze "Reform-Regierung" hat schon vieles erreicht, vor allem im ORF. Besonderes hervorzuheben ist hier die Pressestunde vom 19.03.. Finanzminister Karl-Heinz Grasser mußte sich einem Journalisten vom „Wirtschaftsblatt“ (wer ließ diese Zeitung eigentlich?), dem Wirtschaftsredakteur der „Kronenzeitung“ und dem ORF-Redakteur Günter Ziesel stellen.

Eine illustre Runde: Herr Grasser ist ehemaliger Magna-Manager. Ein Betrieb, der vor allem in der Steiermark sein Unwesen treibt. Magna hat gute Kontakte zum steirischen „Landeshauptmann“ Waltraud Klasnic. Der ORF-Redakteur Ziesel wiederum ist der blauschwarze Kandidat für den steirischen ORF-Landesindendanten. Das „Wirtschaftsblatt“ schrieb schon immer offen für die neoliberalen Wende und wo die „Krone“ wirtschaftspolitisch steht, ist ohnehin bekannt. Dementsprechend "kritisch" verlief die Diskussion auch. So spannend müßte es wohl auch gewesen sein, wenn in der DDR Erich Honecker von Journalisten des "Neuen Deutschland" (SED-Zentralorgan) und der "Jungen Welt" (FDJ/DDR-Jugendorganisation) ins Kreuzverhör genommen worden wäre.

Ein zweiter medienpolitischer Skandal war das sogenannte "Österreich-Gespräch".

Mitreden für Österreich?

Eine bessere Propaganda hätten die Werbeagenturen von ÖVP und FPÖ wohl auch nicht produzieren können. Gezeigt wurde uns, wessen Stimme in Österreich wirklich wichtig ist. Während einer Vertreterin der Afro-ÖsterreicherInnen mit ihrer Frage nach dem Wahlkampf der FPÖ schnurstracks das Wort abgeschnitten wurde ("damit noch andere aus dem Publikum dran kommen"), konnten sich gleich vier Vertreter des Fremdenverkehrs darüber unterhalten, ob nun genug Touristen nach Österreich kommen oder nicht. Der Ex-FPÖ und LIF-Mann Helmut Peter durfte gleich die neue Regierung um ein paar Millionen für eine "Image-Aktion" (selbstverständlich unter seiner Leitung) anbetteln. Touristen sind in Österreich eben wichtiger als politische Flüchtlinge aus Afrika. Dasselbe Spiel gab es dann noch mit Betriebsräten und Unternehmern. Wo ebenfalls klar wurde, wer in Österreich viel zu sagen hat und wer nicht. Sogenannte kritische Stimmen aus dem In und Ausland wurden zu Statisten degradiert und waren wohl besser aufgestanden und gegangen, als diese Komodie zu legitimieren. Ausführlich zu Wort kamen Rechtsaußenkräfte wie der bayrische Ministerpräsident Stoiber. Auch Südtirol durfte bei einer solchen Propagandasendung für die Rechtsregierung nicht fehlen: Sowohl der Südtiroler Landeshauptmann (SVP) und auch der Chef der Südtiroler Volkspartei wurden um eine Stellungnahme gebeten - diese unterschieden sich ungefähr so, als ob man dem Kärntner Landeshauptmann und als „Konter“ der neue FPÖ-Chefin eine Aussage machen läßt. Der Aufruf einer Weinbäuerin: "Setzt euch für unseren Veltliner ein", war wohl der heimliche Höhepunkt des Polit-Stadels. Der ORF hat angekündigt, ein weiteres ORF-Gespräch zu veranstalten. Da wird wohl wieder eine Demonstration auf den Künigberg notwendig sein, um wenigstens von „außen“ Kontrapunkte einzubringen!

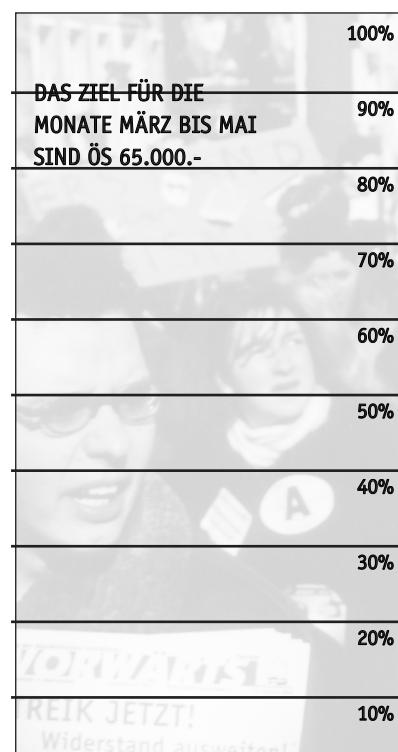
Finanzreport

Unterstützt die SLP

Der Widerstand, der in den letzten Monaten in Österreich stattgefunden hat hat eines deutlich gemacht - es ist wichtig, politische Positionen einzubringen, es ist wichtig, sich zu organisieren. Die SLP macht für beides ein Angebot - zur konkreten Mitarbeit und in Form unserer Publikationen mit Analysen und Berichten. Im März haben wir neben der ausverkauften Zeitung noch Sondernummern für den Uni-, den Frauen- und den Gewerkschaftsbereich herausgegeben. Diese Arbeit kostet aber auch Geld - und auch hier sind wir auf die Unterstützung unserer LeserInnen angewiesen. Nicht nur Vorwärts lesen, sondern ein Abo nehmen, Vorwärts selbst verkaufen und Spenden. Am einfachsten geht das mit einer Spende auf:

PSK 8812.733.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion:
Sozialistische Linkspartei (SLP), vormals Sozialistische
Offensive Vorwärts (SOV), 1070 Wien, Kaisersstr.14/11.
Druck: Druckerei Brücke, 1010 Wien, Wipplingerstr.23
Herstellungs- und Verlagsort: Wien
DVR: 0820202 Zulassungsnummer 32780W97U



Wie können die nächsten Schritte der Widerstandsbewegung aussehen?

Schluß mit lustig

Die Demokratische Offensive (DO) setzt, wie einer ihrer SprecherInnen verkündete, „den nächsten Schritt“: Eine Unterschriftenaktion, die mit 900.000 Unterstützungsdeclarations die Ausschreibung von Neuwahlen binnen Jahresfrist erzwingen soll. Überreicht werden sollen die Listen an Bundespräsident Klestil.

VON JOHN EVER, SLP WIEN-MITTE

Es ist nicht die erste Unterschriftenaktion, die von der Demokratischen Offensive (DO) angekündigt wurde. Bereits nach der Großdemonstration vom 12. November 1999 sollten Listen (als nächster Schritt) für das Wahlrecht von MigrantInnen auf kommunaler Ebene und einige andere Forderungen aufgelegt werden.

VERPUFFTE ENERGIE

Tatsache ist, dass die Wucht, die die beiden Großdemonstrationen entwickelten, weitgehend verpufft ist. Logisch und notwendig wäre es gewesen, den TeilnehmerInnen einen organistatorischen Rahmen zur weiteren Aktivität gegen Blau-Schwarz anzubieten. Dass das nicht geschehen ist, ist kein Versehen, sondern liegt in der Konzeption der DO: Dem Anspruch, „das andere, das anständige Österreich“ zu vertreten. Widerstand gegen Blau-Schwarz wird auf die Frage von Anstand, Moral, oder gar politische Mündigkeit reduziert. Dass diese politische Grundlage keinen dauerhaften organisatorischen Rahmen anbieten kann, liegt auf der Hand: Welcher kämpferische Betriebsrat würde sich schon mit einem LIF-Unternehmer organisieren wollen. In der Praxis bedeutet das für die DO wiederrum die organisatorische und auch politische Abhängigkeit von den etablierten Parteien. Anstatt Druck auf den ÖGB zu erzeugen, den Widerstand durch Streiks (mit)auszuweiten, werden politische Forderungen auf ein Minimum reduziert. Und zwar so, daß sie das Bündnis der DO mit der SPÖ und Gewerkschaftsspitze nicht sprengen. Die Bewegung ist allerdings mehr als ein Aufputz für VertreterInnen der DO, die sich staatstragend mit neoliberalen Politikern und Kriegstreibern - wie Schröder und Solana

- beim EU-Gipfel photographieren lassen.

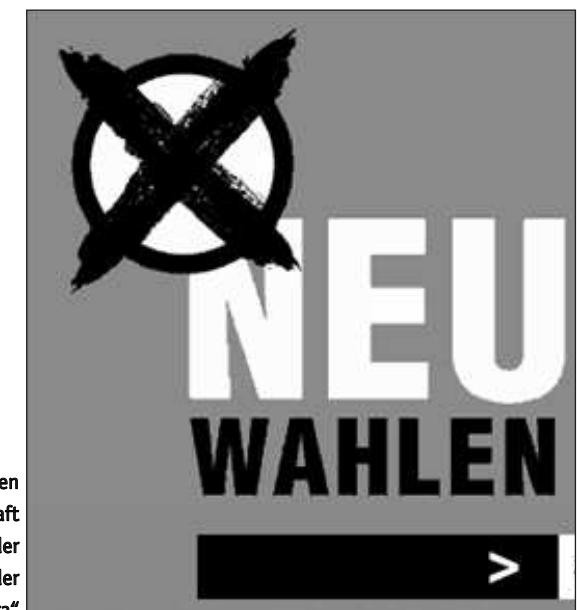
IST GEGEN DEN HAIDER ALLES RECHT?

„Hauptsache diese Regierung ist weg, alles andere ist nebensächlich“ ist die Botschaft, die die DO mit ihrer jetzigen Aktion für Neuwahlen offensichtlich vermitteln möchte. Die Verengung des Widerstandes gegen die Regierung auf diesen einen Punkt ist von der Realität abgehoben. Tatsächlich wurde die Forderung nach Neuwahlen bis jetzt kaum auf den Demonstrationen erhoben - aus gutem Grund. Sie wirft nämlich automatisch die Frage nach einer politischen Alternative auf. Vielen Arbeit-

SPÖ bildet trotzdem keinen Attraktionspol gegen Blau-Schwarz.

KREATIVE LÖSUNGSANSÄTZE

Über 1.000.000 Menschen haben bei den letzten Wahlen gar nicht gewählt - ein großer Teil davon sind ehemalige SPÖ-WählerInnen. Die große Bewegung der letzten Wochen und Monate hat nach dem Wahlsieg der FPÖ - nach Jahren des ungebremsten Rechtsrucks - erstmals von „Links“ polarisiert. Zwischen diesen beiden Punkten gilt es eine Verbindung herzustellen. Die isolierte Forderung nach Neuwahlen, bei dem jede/r weiß, dass sie letztlich bestenfalls „Rot“-Grün bringen wird, ist dazu nicht geeignet. Abgesehen davon, dass Neuwahlen vielleicht auch wieder „Rot“-Schwarz (Gusenbauer schloß das ausdrücklich mit ein) und/oder eine weiter gestärkte FPÖ



Wenn sich bis zu Neuwahlen
in der Parteienlandschaft
nichts tut, stehen wir wieder
vor der Wahl „Pest“ oder
„Cholera“ >

nehmerInnen und Jugendlichen ist bewußt, dass die Grünen und die SPÖ diese Alternative nicht darstellen, weil vor allem letztere die Hauptverantwortung für den Aufstieg Haiders trägt. Umfragen, die ersten Wahlergebnisse (Steiermark) und vor allem auch die Entwicklung der Sozialdemokratie - die SPÖ befindet sich immerhin in einer tiefen Organisations- und Finanzkrise - bestätigen dieses Bild. So schwach diese Regierung auch ist, die

bedeuten können. Notwendig ist, ein politisches Angebot zu formulieren, dass sowohl eine Alternative zur Regierung, wie auch zur SPÖ darstellt - in Form einer neuen ArbeiterInnenpartei. Eine solche Partei, die versucht, gerade jenen eine kämpferische Alternative anzubieten, die vom Sozialabbau und Rechtsruck der SPÖ enttäuscht sind, kann nur jenseits des bestehenden Parteienpekums aufgebaut werden. Die SLP ist jene Kraft, die

Die Mietrechts“reform“ der Regierung

Luxus Wohnen

Eines bringt die Reform des Mietrechts, die die Regierung neulich beschlossen hat, sicher nicht: Billigers Wohnen. Zwar haben ÖVP und FPÖ von einigen der angekündigten Erhöhungen wieder Abstand genommen (offizielle Begründung: Widerstand der Opposition).

VON ALFRED RATZ, SLP-WIEN SÜD

Die versprochene Senkung der Wohnkosten - FPÖ-Wahlkampfschlager - blieb (erwartungsgemäß) aus. Die geplante Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen bringt den Betroffenen nichts; ganz im Gegenteil: der Käufer/die Käuferin übernimmt damit nämlich auch die Schulden, die an der Wohnung haften und das komplette Risiko eventueller Reparaturen - anteilmäßig für das ganze Haus. Vorteile bringen die neuen Regelungen jedoch den Anbietern von befristeten Mietverträgen, die nach oben hin keiner Befristungsdauer mehr unterliegen - die Erpressbarkeit der MieterInnen wird so zeitlich grenzenlos. Auch ökologische und energiesparende Maßnahmen wird man/frau im neuen Mietrecht vergeblich suchen. Die SLP fordert dagegen eine Berücksich-

tigung von sozialen und gesundheitspolitischen Zielen beim Wohnungsbau. Einer Privatisierung der Gemeindewohnungen stehen wir als SozialistInnen klar ablehnend gegenüber. Außerdem fordern wir ein Verbot des privaten Spekulanten-

tums und eine Abschaffung der befristeten Mietverträge. Statt Maklern treten wir für eine kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung ein.

Nicht kapitalistischer Markt sondern sozialistischer Plan am Wohnungssektor unter demokratischer ArbeiterInnen und MieterInnenverwaltung!



Mit dem Traum vom leis-
baren Eignheim werden
lukrative Geschäfte
gemacht!

GLB und SLP kandidieren gemeinsam bei den AK-Wahlen

Linksruck für die AK!

Zwischen 2.5. und 19.5. findet in Wien die Wahl zur Arbeiterkammer statt. Unter Berufung auf die extrem niedrige Wahlbeteiligung 1994 wurden die jetzigen AK-Wahlen komplett umorganisiert. Die Wahlkörper der Arbeiter, Angestellte und Verkehrsbedienstete wurden zusammengelegt, die Wahl auf 2 Wochen ausgedehnt. Hunderte Wahlkommissionen wurden gebildet, die möglichst viele Betriebe besuchen sollen. Viele geringfügig Beschäftigte werden in Briefen darauf hingewiesen, dass sie wahlberechtigt sind.

**ALI KROPF & MICHAEL GEHMACHER, SLP
GEWERKSCHAFTSSPRECHER**

Die AK hat zwei Gesichter: Einerseits die Serviceleistungen. Viele kennen die AK vor allem aus dem Fernsehen, wo sie gegen verdorbene Lebensmittel in Supermarktrealen oder überhöhte Benzinpreise Stellung bezieht. Für viele BetriebsräteInnen ist die wissenschaftliche Abteilung der Arbeiterkammer bei der täglichen Arbeit eine große Hilfe. Das zweite Gesicht der AK und vor allem ihrer FSG-Mehrheit (Fraktion der SPÖ) ist ihre Rolle in der österreichischen Innenpolitik. Die AK-Spitze unterstützte die SPÖ/ÖVP Koalition bei ihren Sparpaketen und der Pensionsreform. Die AK ist ein zentraler Bestandteil der Sozialpartnerschaft und war damit an den vielen Verschlechterungen für ArbeitnehmerInnen in den letzten Jahren beteiligt. An der blauschwarzen Regierung scheint die AK-Spitze weniger der Sozialabbau zu stören, als die Tatsache, dass die neue Regierung nicht mit ihr verhandelt - schließlich bezieht die AK-Spitze beziehungsweise ihre politische Existenzberechtigung daraus, ob sie Mitverhandeln darf oder nicht.

WARUM WÄHLEN GEHEN?

Diese Wahl ist eine - wenn auch kleine - Chance, Unmut über die AK-Politik der letzten Jahre auszudrücken. Schließlich ist es unter anderem eine Schande, dass in Österreich AusländerInnen immer noch kein passives Wahlrecht bei AK und Betriebsratswahlen haben und ÖGB und AK auch nichts dazu getan haben, das Frauenvolksbegehren umzusetzen. Wenn es nach dieser AK-Wahl eine stärkere Linke in der AK gibt, wird dies eine Möglichkeit sein, Widerstand von Frauen-, Sozialinitiativen und ImmigrantInnengruppen, Widerstand in den Betrieben zu verbinden und zu stärken!

DIE QUAL DER WAHL:

FSG, AUGE ODER DFA

Die derzeitige AK ist untrennbar mit der Führung der SPÖ-Fraktion verbunden. Sie hat eine überwältigende Mehrheit in der Bundesarbeiterkammer und regiert alle Länderkammern bis auf Tirol und Vorarlberg. Nur wer mit der derzeitigen AK zufrieden ist, kann FSG wählen. Wer für eine fortschrittliche Politik, für Umverteilung, für Frauenrechte, für die Rechte von ImmigrantInnen stimmen will, der ist bei der FSG auf verlorenem Posten.

Die ehemalige "Gewerkschaftliche Ein-

heit" (GE) kandidiert in Wien unter dem Namen „Alternative und Grüne GewerkschafterInnen/UG“. Die Namensänderung allein drückt eine immer stärkere Orientierung auf die Grünen aus. Die AUGE ist Teil der Unabhängigen Gewerkschafter/UG. Es ist aber bezeichnend, dass die UG keine eigenständige Kandidatur zusammen gebracht hat. Bei der AUGE kandidieren kaum BetriebsräteInnen oder betroffene ArbeitnehmerInnen. Die Liste wird von Angestellten der AUGE, der Grünen und verschiedenen Nicht-Regierungs-Organisationen dominiert. Neben der AUGE kandidiert noch die "Bunte Liste Demokratie für Alle"/DFA.

ler Ebene ein. Leider weiß man bei den meisten KandidatInnen kaum, wofür sie neben ImmigrantInnenrechten noch stehen.

WARUM GLB?

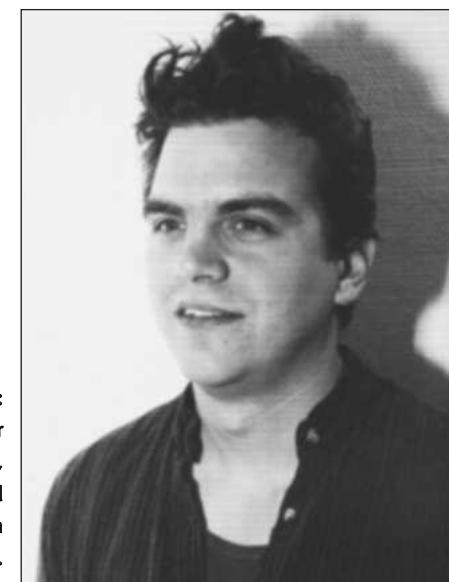
Der GLB tritt als einzige Kraft mit einem klaren linken Programm zur AK-Wahl an. Jahrelang konnten vor allem die Rechten die Wahlerfolge einfahren. Es gilt daher auch, den AK-Wahlkampf zu einem Kampf gegen den Rechtsruck auf Wahlebene zu machen. Wir wollen den Wahlkampf zu einer Bühne des sozialen und politischen Widerstands machen, am ehesten ist das beim GLB möglich. Im Wahlkampfauftruf

der betrieblichen Verankerung und Orientierung des GLB. Außerdem stellt die Liste ein linkes Bündnis dar. Es kandidieren parteilose BetriebsräteInnen und PersonalvertreterInnen, KPÖ-Mitglieder, VertreterInnen des Jugoslawischen Dachverbandes, der türkischen DIDF, des allevitischen Kulturvereins und der SLP. Im Gegensatz zur einseitigen Orientierung der AUGE auf die zunehmend neoliberal gewendeten Grünen bedeutet die GLB-Liste damit einen Ansatz für eine vielfältige linke Gewerkschaftsopposition.

SLP IN DIE AK!

Mit der SLP hat der GLB ein Abkommen geschlossen, wonach bei mindesten 2 Mandaten in der Wiener Arbeiterkammer der SLP-Kandidat Michael Gehmacher für ein Jahr ein Mandat ausüben wird. Die SLP hat sich für diese gemeinsame Kandidatur mit dem GLB entschlossen, weil wir den AK-Wahlkampf mit der allgemeinen Protestbewegung verbinden wollen.

Für den Fall, dass wir für eine bestimmte Zeit in der Arbeiterkammer vertreten sind, wollen wir das Mandat nutzen, um es mit Themen wie Arbeitszeitverkürzung, Mindestlohn, internationale Solidarität und Rechte von Jugendlichen in die Öffentlichkeit zu tragen. Zentral im und nach dem Wahlkampf ist die Verbindung zwischen AK-Arbeit und der Widerstandsbewegung gegen Blau-Schwarz. Ein Aspekt, der auch in der Praxis des GLB oft zu wenig zentral ist. Gleichzeitig bleibt der GLB die einzige Gewerkschaftsfraktion, die sich kontinu-



Der SLP-Kandidat:

Michael Gehmacher

27 Jahre alt, Behindertenbetreuer,
SLP-Gewerkschaftssprecher und
stv. Betriebsratsvorsitzender beim
ÖHTB.

Sie ist ein Zusammenschluß von verschiedenen ImmigrantInneninitiativen und setzt sich in erster Linie für das aktive und passive Wahlrecht von ImmigrantInnen auf betrieblicher und kommunaler Ebene ein. Leider weiß man bei den meisten KandidatInnen kaum, wofür sie neben ImmigrantInnenrechten noch stehen.

finden sich Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung, 15000,- Mindestlohn, Umverteilung, rechtliche Gleichstellung von In- und AusländerInnen, Frauen und Männern. Eine - relative - Stärke liegt in

Aus den Betrieben: Resolutionen gegen die neue Regierung

Widerstand gegen jede Privatisierung

Während andere auf der Straße gegen die Regierung protestieren, formiert sich der Widerstand im Gewerkschaftsbereich langsamer und drückt sich – zumindest vorläufig – vor allem in diversen Resolutionen aus. Aber auch andere BetriebsräteInnen haben sich zu Wort gemeldet – mit der Aufforderung an die Gewerkschaftsspitze, eindeutig Position zu beziehen und zu handeln.

VON FLORIAN SEIDL, SLP WIEN-NORD

Die sicherlich „gewichtigste“ Resolution kamen von der ÖIAG BetriebsräteInnenkonferenz den vom 9. März. In der einen wenden sich die ÖIAG Betriebsräte an die Regierung, um gegen drohenden Sozialabbau und Privatisierungen zu protestieren. Dominiert wird das Papier von der Angst um den „Abverkauf“ der österreichischen Staatsbetriebe. In dem dement sprechenden Passus heißt es wo es unter anderem: „Mit dem Verkauf von Unternehmen in ausländischen Besitz ist die Gefahr verbunden, dass wichtige Unternehmensteile ... in die neue Konzernzentrale ins Ausland abwandern. Damit verbunden ist der Verlust von Wertschöpfung und Beschäftigung sowie eine massive Schwächung des Wirtschaftsstandortes.“ und in einer der Forderungen: „Die Sicherung des österreichischen Einflusses auf wichtige österreichische Industriebetriebe und damit die Erhaltung von Beschäftigungschancen müssen Vorrang haben.“ Auch im Papier von den Austria Tabak BetriebsräteInnen ist vor allem von Standortsicherung und

Ausverkauf zu lesen. Das Papier schließt dementsprechend mit dem Satz „Austria Tabak muss ein eigenständiges, österreichisches Unternehmen bleiben.“

STANDORTLOGIK

Soviel an den geäußerten Bedenken auch wahr ist, sowein treffen sie politisch den Punkt. Natürlich bedeutet der Verkauf österreichischer Staatsunternehmen verstärkte Ausbeutung, Arbeitsplatzverluste und so weiter. Ein kurzer Blick nach England oder in die USA reicht aber, um zu erkennen, daß nicht daß solche Effekte keineswegs nur auf ausländische Investoren zurückzuführen sind, sondern bei nahezu allen Privatisierungen auftreten. Die Resolutionen folgen in ihrer Argumentation letzten Endes der Standortlogik – den Standort Österreich gegen das ausländische Kapital verteidigend. Weiters gehen die beiden natürlich noch auf diverse andere Punkte ein, die sich aber fast alle auf die Privatisierung und ihre drohenden Auswirkungen beziehen. Auch der Betriebsrat des Behindertenbetreuungvereins ÖHTB hat eine

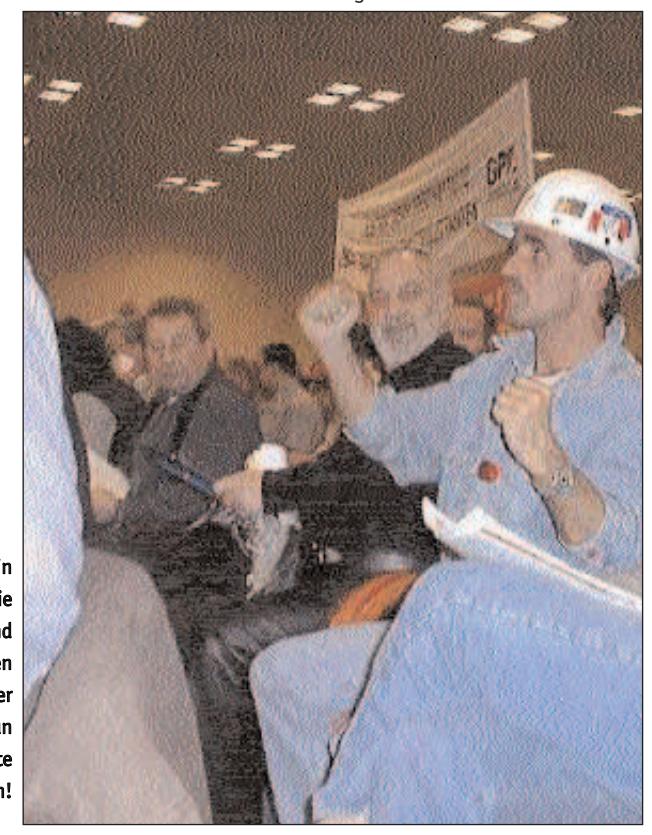
Resolution herausgebracht. Er wendet sich darin nicht nur mit der klaren Forderung nach Einhaltung ihrer sozialen Verpflichtungen an die Regierung, sondern auch an die Führung von GPA und ÖGB mit der Forderung „ihre ablehnende Haltung gegenüber den geplanten Sozialabbaumaßnahmen bei zu behalten und diese auch gegebenenfalls durch Protestaktionen durchzusetzen.“

WORTE STATT TATEN?

Resolutionen alleine sind noch kein taugliches Mittel, Widerstand gegen die Regierung und ihre Politik zu leisten. Dennoch reflektiert solche Resolutionen einen gewissen Druck von der Basis. In fast allen Bereichen der (Ex-) Verstaatlichten haben inzwischen Betriebsversammlungen stattgefunden. Am 29.3. gab es eine Aktion der internationalen Eisenbahnerföderation, bei der auch die Frage der Liberalisierung im Mittelpunkt stand. Doch ansonsten sind keine weiteren Schritte, keine gemeinsame Vorgehensweise der betroffenen Gewerkschaften und BetriebsräteInnen erkennbar. Dabei würden Kampfmaßnahmen der Gewerkschaften – wie ein Streik und Aktionstag gegen die Maßnahmen der Regierung – heute auf breite Sympathie in der Bevölkerung stoßen und der Widerstandsbewegung gegen Blau-Schwarz wahrscheinlich einen entschei-

denden Impuls geben. Die Gewerkschaften haben in der jetzigen Situation die - vielleicht einmalige - Chance auf eine Neuorientierung, als kämpferische und unabhängige Interessensvertrittung. Dazu wäre aber sowohl ein Bruch mit der sozialpartnerschaftlichen Tradition, wie auch der Verquickung mit der SPÖ-Bürokratie nötig.

Sollte es nicht gelingen die geplanten Angriffe durch Kampfmaßnahmen – und nur durch diese wird das möglich sein – zu verhindern, bedeutet das eine schwere Niederlage für die gesamte ArbeiterInnenbewegung und eine dauerhafte Schwächung der Gewerkschaften.



Die Diskussion in den Betrieben, die Versammlungen und die Resolutionen sind ein wichtiger erster Schritt - nun müssen konkrete Taten folgen!

FPÖ-ÖVP-Übereinkommen: Neoliberal und

Die Eckpfeiler des Übereinkommens der Bundesregierung zeigen klar eine Richtung: Frauen zurück an den Herd, AusländerInnen raus, Abbau von Gewerkschaftsrechten, Privatisierungen, Sparen bei der Bildung, bei Alten und Kranken und generell Sozialraub. Die neue Regierung setzt mit ihrem Programm dort an, wo die alte aufgehört hat – und verschärft die Gangart.

VON KARIN WOTTAWA,
SLP WIEN-MITTE

Jörg Haider umriß seine Vorstellungen bereits 1994 in dem Buch „Die Freiheit, die ich meine“ wie folgt: Einerseits bedeutet die Verteidigung und der Ausbau des Sozialstaats nichts als „die Liebe zur Knechtschaft“. Andererseits sei die „Gesellschaft vom Zerfall bedroht, die moralischen und ethischen Grundlagen sind brüchig geworden (...) es fehlt die notwendige Klammer einer idealistischen Gesinnung“.

Die Zerschlagung des Sozialstaats und die Betonung „traditioneller Werte“ wie Familie, Patriotismus (quasi als Ersatz dafür) sind Haiders Credo - und auch jenes der neuen Regierung. Es ist der Faden, der sich durch die im blau-schwarzen Programm aufgelisteten 15 Punkte zieht: Außen- und Europapolitik, Starke Demokratie, Neuer sozialer Gesellschaftsvertrag, Innere Sicherheit und Integration, Bildung und Sport, Wissenschaft und Forschung, Stärkung des Wirtschaftsstandort Österreich, Leistungsfähiger Staat, Bundesstaat, Umweltpolitik, Kunst und Kultur, Medienentwicklung, Justiz, Sicherheitspolitik, Bundesheer, Budgetpolitik.

FEINBILD ÖFFENTLICHER SEKTOR

Gerade in seiner Budgetrede fühlte sich Finanzminister Grasser und ehemalige Stronach-Manager mehrmals bemüßigt, den neuen Grundton des Regierungs-

Bildung eines Betriebsrats zulassen wollte. Besonders viel einsparen will diese Regierung – einmal mehr – im öffentlichen Dienst. Die kolportierte – aber noch nicht bestätigte – Zahl beläuft sich auf 9000 Beamten. Schier paradox an diesem Vorhaben ist, dass gleichzeitig die „Bürgernähe“ großgeschrieben wird. Wie aber weniger Stellen bessere Betreuung ergeben sollen, darüber hält man sich in Schweigen. Auch wo die gekündigten Beamten dann arbeiten sollen wird nicht erwähnt.

GEGEN ALTE MENSCHEN

Doch nicht nur die Verstaatlichte wird privatisiert, das vermeintliche Zauberwort privat hält auch im Pensionssystem Einzug. Die private Pensionsvorsorge soll in Zukunft „attraktiver“ werden. Tatsächlich läuft das aufdrastische Verschlechterungen im bestehenden Pensionssystem hinaus: Für den Erwerb eines Pensionsanspruchs werden in Zukunft die Beitragsjahre herangezogen und auf 45 Jahre angehoben. Diese Anhebung führt zu Erschwernissen, in Frühpension zu gehen oder macht dies fast unmöglich. Weiters soll es schwieriger werden, in krankheitsbedingte Frühpension zu gehen – zusätzlich drohen saftige Abschläge. Um zu gewährleisten, dass man überhaupt eine adäquate Pension bekommt, soll man künftig „privat vorsorgen“.

AUFWEICHEN DER KOLLEKTIVVERTRÄGE

Das Regierungsprogramm sieht weiters die Aufweichung der Kollektivverträge gegenüber „Betriebslösungen“ vor. Hinter der neuen Kollektivvertragsregelung steht, dass der Einfluss der Gewerkschaften zurückgedrängt werden soll. Neoliberale Dogmatik pur schlägt hier durch: Letztlich soll der einzelne Arbeitnehmer im Betrieb dem Unternehmer als Verhandlungspartner um sein individuelles Gehalt gegenüber stehen. Kollektivverträge sehen Unternehmer und Regierung – naturgemäß – nur als Behinderung der „Freiheit des einzelnen“. Tatsächlich sind Kollektivverträge ein wesentlicher Bestandteil einer elementaren Absicherung des/r einzelnen ArbeitnehmerIn, die einzig durch die gemeinsame Organisierung in Gewerkschaften erreicht wurde. Jede Aufweichung der Kollektivverträge erhöht die

Bildung eines Betriebsrats zulassen wollte. Besonders viel einsparen will diese Regierung – einmal mehr – im öffentlichen Dienst. Die kolportierte – aber noch nicht bestätigte – Zahl beläuft sich auf 9000 Beamten. Schier paradox an diesem Vorhaben ist, dass gleichzeitig die „Bürgernähe“ großgeschrieben wird. Wie aber weniger Stellen bessere Betreuung ergeben sollen, darüber hält man sich in Schweigen. Auch wo die gekündigten Beamten dann arbeiten sollen wird nicht erwähnt.

GEGEN ALTE MENSCHEN

Möglichkeit der Unternehmer, die ArbeiterInnen in den einzelnen Betrieben gegeneinander auszuspielen. Der Gewerkschaftsführung kann man in diesem Zusammenhang den Vorwurf nicht ersparen, selbst durch sogenannte Öffnungsklauseln in der Vergangenheit diese Aufweichung selbst mitbegonnen zu haben.

SCHWERE GESCHÜTZE GEGEN HANDELSANGESTELLTE

Für jene, die ohnehin schon (fast) rund um die Uhr arbeiten müssen, hat die Regierung weitere Verschlechterungen geplant: Die Regelung, daß jeder zweite Samstag frei sein muß, soll fallen. Die Wochenöffnungszeit wird von 66 auf 72 Stunden erhöht. Auch im Tourismus werden die Arbeitszeitregelungen aufgeweicht. Über all dem thront, dass das

Arbeitslose gestrichen. Zusätzlich sollen die Zumutbarkeitsbestimmungen verschärft werden. Verschlechterungen gibt es auch für MitarbeiterInnen des AMS: Ab nun soll eine „leistungsorientierte Entlohnung“ gelten. Wenn sich also die KollegInnen beim AMS, trotz all dieser Maßnahmen, ein Stück Menschlichkeit bewahren wollen und „Klienten“ (AMS-Deutsch) nicht in jeden Job zwingen wollen, werden sie beim Gehalt bestraft. Abgerundet wird dieser Maßnahmenkatalog durch die Forcierung privater Arbeitsvermittlungen: Laut Regierungsprogramm sollen diese keine Statistik mehr über ihre Tätigkeit an das Sozialministerium abliefern müssen.

DIESE REGIERUNG MACHT KRANK!
„Krank sein lohnt sich nicht“ scheint das zynische Motto der Regierung zu sein: Anders ist die Idee eines 20 prozentigen Selbstbehaltes, den die Krankenkassen künftig einheben sollen, nicht zu interpretieren. Eine ambulante Geburt würde dann ca. ÖS 6000,- kosten – Die Zahl der Hausgeburten und damit die Kindersterblichkeitsrate würden wieder steigen. Gleichzeitig zielt die Senkung der Lohnnebenkosten genau auf die Senkung der (Unternehmer-) Beiträge zur Kranken- und Sozialversicherung ab. „Freie Bürger sollen mehr Möglichkeiten zur Selbstmedikation haben – also soll die Rezeptfreiheit ausgeweitet werden“. Der primäre Effekt besteht darin, dass die PatientInnen in Zukunft mehr aus der eigenen Tasche zahlen müssen. Einer Art Supermarktmedizin wird so Tür und Tor geöffnet, ein verantwortungsvoller Umgang der Gesellschaft mit Medikamenten wird damit sicher schwieriger. Auch sollen sogenannte „Teilkrankenstände“ eingeführt werden – sprich Kranke sollen arbeiten. Argumente wie „mit einem Beinbruch kann jemand ja am Computer arbeiten“ sind nichts anderes als der erste Schritt zur vollständigen Aushöhlung des Rechts auf Arbeitsruhe im Krankheitsfall.

**DAS KONZEPT DER
„BÜRGERGESELLSCHAFT“**
Es wird im Regierungsübereinkommen mehrmals erwähnt, dass man Ehrenamtlichkeit fördern will. Dies könnte dazu führen, dass es gerade in diesem Bereich zu einer Verdrängung professioneller SozialarbeiterInnen, KindergärtnerInnen oder BehindertenbetreuerInnen kommt. Weitere Probleme, die sich im Sozialbereich ergeben könnten, sind die Rücknahme erst kürzlich durchgesetzter Erfolge im Bereich der sozialen Arbeit wie beispielsweise die hart erkämpfte Schweigemöglichkeit von SozialarbeiterInnen bezüglich Drogenelikten ihrer KlientInnen. Aber auch im Großen ist die Arbeit gefährdet, denn vielen Projekten und Vereinen, die unerlässlich für den Erfolg sozialer Arbeit sind, droht die Schließung, weil kein Budget mehr vorhanden ist und keine weiteren Gelder mehr bewilligt werden. Bis jetzt kann beispielsweise der Verein „Miteinander lernen“ keine Gehälter mehr auszahlen. Das wahre Ausmaß der Maßnahmen wird sich aber vermutlich erst im Herbst zeigen.

DIE HEILIGE FAMILIE
Unter dem Titel „Den Familien mehr Wahlfreiheit ermöglichen“ spannt sich der Bogen von einer geplanten Verankerung der Familie in der Verfassung bis zum „Karenzgeld für alle“. Mit der Verankerung der Familie in der Verfassung zeigt die Regierung ganz deutlich, woran sie interessiert sind. Sie will kleine Einheiten aus denen man nicht ausbrechen kann, weil einem sonst die wirtschaftliche, aber auch persönliche Lebensgrundlage entzogen wird. Das bedeutet tatsächlich das Gegenteil von Freiheit und selbstbestimmtem Leben – Betroffen von diesen Einsparungsmaß-



Das Gruselkabinett
beim Familienfoto!



Der
Schattenkanzler
und sein
Hampelmann

reaktionär

nahmen könnten nicht nur Sozialprojekte, sondern auch viele kleine Kunst- und Kulturinitiativen oder MigrantInnengruppen sein.

MIGRANTINNENRECHTE IN GEFAHR

Der MigrantInnenbereich an sich wird im Regierungsübereinkommen vor allem im Zusammenhang bei der Bekämpfung des sogenannten „Asylmissbrauchs“ angesprochen. Das Bekenntnis zur Genfer Flüchtlingskonvention mutet hier, vor allem wenn man bedenkt, welche Gesetze bereits in den 90er Jahren umgesetzt wurden, zynisch an.

Im Bereich der sogenannten „Inneren Sicherheit und Integration“ fällt zunächst auf, daß Integration gemeinsam mit innerer Sicherheit besprochen wird. Es geht nicht darum, Menschen, die aus welchen Gründen auch immer, aus ihrem Land flüchten mußten, zu helfen. Vielmehr steht weiter im Mittelpunkt, wie man Flüchtlinge am effektivsten aus dem Land vertreibt bzw. ihnen die Einreise unmöglich macht. Die Zahl der Schubhaftplätze wurde bereits ausgebaut ...

Der Punkt der Menschenrechte enthält lediglich drei Posten. Zwei davon beschäftigen sich mit der Erfüllung von Berichten an die EU, einer mit der Wahrung der Rechte von „altösterreichischen Minderheiten“ im Ausland. Auf Menschenrechte im eigentlichen Sinn

Mitgliedschaft wird zwar nicht direkt erwähnt, scheint aber letztlich sehr wohl Ziel zu sein.

Weitere Maßnahmen der Regierung betreffen das Bundesheer bzw. den Zivildienst. Denn die neue Regierung will besondere Anreize schaffen, ins Heer zu gehen. Das Ansehen des österreichischen Bundesheeres soll „aufgerüstet“ werden. Die Mittel für den Zivildienst sollen weiter gekürzt werden. Betroffen davon werden die Zivildiener selbst sein und auch verschiedene soziale, Menschenrechts- und Entwicklungs(hilfe)-Organisationen, die durch die Budgetkürzungen an anderen Stellen, auf die „billigen“ Zivildiener angewiesen sind.

BILDUNG UND WISSENSCHAFT

Als ersten Schritt hat die neue Regierung kurzerhand das Wissenschaftsministerium abgeschafft. Schulen und Universitäten sind ab jetzt in einem sogenannten Bildungsministerium zusammengefaßt. Mit der Ressortauflösung werden die budgetären Mittel gekürzt. Gerade für Grundlagenforschung könnte dann kein Geld mehr da sein. Bei den Universitäten soll die Vollrechtsfähigkeit eingeführt werden. Das heißt nicht nur, dass es weniger finanzielle Mittel geben wird, sondern auch, dass man sich, um Geld zu bekommen, Sponsoren aus der Wirtschaft

DAS REGIERUNGSPROGRAMM UND SEINE „SOZIALE AUSGEWOGENHEIT“

ENTLASTUNGEN FÜR DIE UNTERNEHMER, BAUERN UND HAUSERREN:

Lohnnebenkosten	+ 15,0 Mrd. S
Entlastung für Bauern	+ 6 Mrd. S
Steuerenkung für Hausherren	+ 1,5 Mrd. S
Entfall der Werbesteuern	+ 1,7 Mrd. S
	+ 20,65 Mrd. S

BELASTUNGEN FÜR DIE ARBEITNEHMERINNEN:

Energiesteuer	- 1,6 Mrd. S
motorbezogene Versicherungssteuer	- 3,8 Mrd. S
Vignette	- 1,3 Mrd. S
Tabaksteuer	- 1,0 Mrd. S
Urlaubsaliquotierung	- 4,3 Mrd. S
	- 13,3 Mrd. S

zusätzlich: Nichtnachbesetzung von 9000 Stellen im Öffentlichen Dienst

wird hier nicht eingegangen.

Eindeutig rassistisch sind Regelungen im Schulbereich: Es soll die 30 %-Klausel eingeführt werden: Eine Ausgrenzung von SchülerInnen, die nicht dem „sozialen und/oder kulturellen Umfeld“ entsprechen. Damit könnten sowohl Kinder von MigrantInnen vom Schulbesuch ausgeschlossen werden, wie in weiterer Folge auch Kinder der Roma, Kärntner Slowenen oder der kroatischen Minderheit im Burgenland und schließlich Behinderte, sozial Schwache ... Der Phantasie, wen diese Regelung noch treffen könnte, sind hier keine Grenzen gesetzt.

SICHERHEITSPOLITIK

Lauschangriff und Rasterfahndung sollen, wie schon von der letzten Regierung geplant, fix ins Gesetz übernommen werden. Das könnte bedeuten, dass sowohl Lauschangriff als auch Rasterfahndung normale Fahndungsmethoden werden könnten und ein Standardinstrument der Exekutive werden. Puncto der „äußeren Sicherheit“ wird die Mitgliedschaft in einer „Sicherheitsgemeinschaft“ angestrebt. Ein Liebäugeln mit einer baldigen NATO-

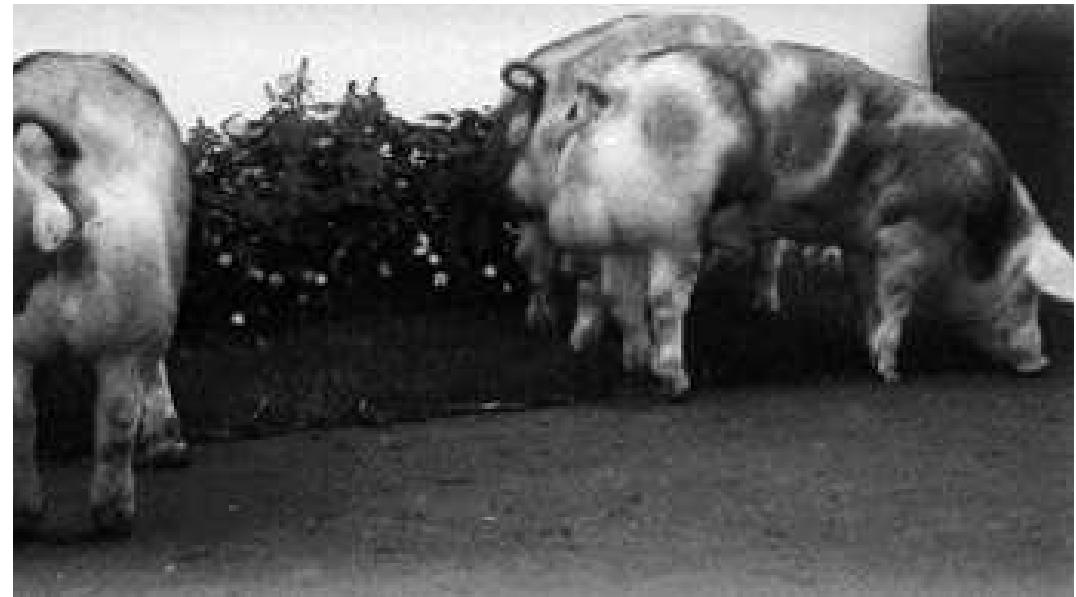
suchen wird müssen. Doch Geld wird es nur geben, wenn die Lehre lehrt, was dem geldgebenden Unternehmen genehm ist. Studienrichtungen, die keine Sponsoren finden, haben Pech gehabt. In der Praxis kann das auch dazu führen, dass das fehlende Geld in Form von Studiengebühren oder Immatrikulationsgebühren – zu deren Einhebung die künftig vollrechtsfähigen Unis berechtigt sein sollen – etc. bei den Studierenden eingehoben werden. Die ohnehin schon schwierigen Studienbedingungen würden durch diese Belastung wohl für viele das Studieren unmöglich machen. Gleichzeitig wird angestrebt, dass zumindest die Hälfte aller potentiellen StudentInnen in Zukunft auf – „selbstverständlich“ – privaten Fachhochschulen studieren (mit selbstverständlich hohen Studiengebühren) soll.

WIDERSTAND LEISTEN!

Laut einer Umfrage sind 86 % der in Österreich lebenden Menschen gegen die neue Regierung. So weit, so gut. Doch nur gegen die Regierung zu sein, reicht nicht aus! Dieses Regierungsprogramm ist die Grundlage für einen weitgehenden neoliberalen

Über Sinn und Unsinn des Sparens

Spar-Un-Logik



Das Lieblingstier
der Regierung:
Das Sparschwein

Jedes Jahr aufs neue, wenn es darum geht, das Budget für das nächste Jahr zu erstellen, hören wir es wieder und wieder: Wir müssen sparen. Oder die Alternativvariante: Wir müssen den Gürtel enger schnallen. Manchmal heißt das ganze aber auch "Strukturanpassung" oder "Strukturmaßnahmen". Das Ergebnis kennen wir: Kürzungen im Sozialbereich - und das ist nicht erst seit dieser Regierung so.

VON KÄTHE KNITTLER,
SLP WIEN-SÜD

Zur Veranschaulichung der Situation folgendes Beispiel: A borgt sich von B Geld, anschließend verlangt A von C, dass er/sie das Geld an B zurückzahlt und C tut das auch, denn: wir müssen sparen. Eigentlich eine absurde Geschichte, denn eigentlich würde niemand einsehen, warum er/sie Geld zurückzahlen soll, dass er/sie nie bekommen hat. So verhält es sich aber, wenn es um die allgemeine Sparpolitik geht.

WER IST "WIR"?

„Wir müssen sparen“. Es ist nur fraglich, wer dieses „Wir“ sein soll. Es wird im allgemeinen Sprachgebrauch ein gemeinsames „Wir“ erzeugt, dass es bei genauerer Betrachtung gar nicht gibt. Dieses „Wir müssen sparen“ ist eine Lüge. Ja, es gibt Staateinnahmen und Staatsausgaben. Ja, wir alle zahlen ein, und wir alle bekommen etwas heraus. Der Irrtum ist nur, hier von „Gleichheit“, „Gerechtigkeit“ etc. auszugehen. Einige profitieren stark vom Steuer-, Abgaben-, Sozial- und Subventionssystem, andere nicht.

WARUM SPAREN?

Als Argument für die Bekämpfung der Staatsverschuldung treten die Maastrichtkriterien und der EU-Stabilitätspakt ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Beides sind keinesfalls fixe, sinnvolle, ökonomische Größen, sondern de facto Hausnummern, die durchaus verändert werden, wenn es politisch notwendig ist. Ein weiteres Argument: Wir müssen sparen, weil sonst der Staat nicht mehr handlungsfähig sei. Tatsächlich wurde erst vor einigen Jahren eine neoliberale Trendwende eingeläutet, die dieses Motto verkündet. Den Hintergrund dafür bildete der Fall der Profitrate in den 80er Jahren und die Schwäche der ArbeiterInnenbewegung nach dem Zusammenbruch des Stalinismus in Osteuropa in den 90ern. Das Spar-Argument ist ein vorgeschoenes. Tatsächlich geht es darum, grundsätzliche politische Veränderungen vorzunehmen. Unter dem Deckmantel der „objektiven Spar-Notwendigkeit“ werden neoliberalen ökonomischen Konzepte umgesetzt, die tiefgreifende

Veränderungen mit sich bringen. Es geht nicht um Sparen, sondern um Zerschlagung des Sozialstaates, um Privatisierung, um verstärkte Ausbeutung. Es geht nicht um den Staatshaushalt, sondern um politische Konzepte. Konzepte die bereits von der letzten Regierung umgesetzt wurden. Die Streichung des erhöhten Karenzgeldes, Aufnahmestopp im Öffentlichen Dienst, Streichung der Studierendenfreifahrt und Aufweichung des Berufsschutzes, um nur einige Maßnahmen zu nennen, sind alles Verschlechterungen, die noch unter der rot-schwarzen Regierung vollzogen wurden. Von der neuen Regierung wird das mit verstärkter Radikalität fortgesetzt. Das zweite Lieblingsargument der Fraktion der Sparende ist die Standortsicherung. Würden Löhne und (Unternehmer)Steuern nicht gesenkt, dann müssten Arbeitsplätze abgebaut werden - so lautet die Argumentation. Nur, das bisher mit niedrigen Löhnen neue (Vollzeit-)Arbeitsplätze geschaffen worden sind, lässt sich empirisch leider nicht belegen. Dass sich dadurch die Gewinne bzw. die Konkurrenzsituation des Unternehmens verbessert haben, hingen schon.

WER SPART WO?

Dass es nicht wirklich ums sparen geht, zeigt das Regierungsübereinkommen: ArbeitnehmerInnen werden von den Gesamtmaßnahmen der Regierung mit 13,3 Milliarden öS belastet werden - Unternehmer, Bauern und Hausherren aber mit

20,65 Milliarden öS entlastet! Es geht um eine drastische Umverteilung. Es soll mehr gearbeitet werden - Anhebung des Pensionsantrittsalters. Es soll billiger gearbeitet werden - Senkung der Lohnnebenkosten. Das alles mit dem Argument, es sei „zu wenig Geld da“. Das ist angehoben der steigenden Unternehmergewinne nichts als blander Hohn - Börsenkurse explodieren ebenso wie die Gewinne.

Die Verschuldung pro Kopf beträgt zur Zeit ca. 205.000 öS. Wenn man sich schon die Mühe macht, die angeblich gemeinsamen Schulden aufzuteilen, lohnt es sich vielleicht auch, beim Vermögen genauso zu verfahren. Würde das gesamte in Österreich existierende Geldvermögen ebenfalls pro Kopf aufgeteilt, dann würden Sie liebe Leserin, lieber Le-

WO IST DAS GELD?

Wer von Armut spricht, soll vom Reichtum nicht schweigen. Wer von Staatsverschuldung spricht, sollte von den Steuerschulden der Unternehmen in Milliardenhöhe und den Steuergeschenken auch nicht schweigen. Was die Besteuerung von Vermögen angeht, zählt Österreich zu den Schlußlichtern Europas. Die Vermögenssteuer wurde 1994 abgeschafft. Mit dem Stiftungsrecht wurde eine sehr steuergünstige Variante geschaffen, Vermögen unterzubringen. Der Steuerexperte Werner Doralt meint hierzu: "Unter Einschaltung einer Privatstiftung tendiert die Besteuerung eines Unternehmens gegen null: Das Unternehmen schüttet Gewinne an die Stiftung aus, die Stiftung veranlagt die Gewinne steuerfrei bei der Bank, die Bank führt dem Unternehmen die gleichen Beträge wieder als Fremdmittel zu." Weiters sind die steuerlichen Einheitswerte für land- und forstwirtschaftliches Vermögen und Grundvermögen vollkommen unterbewertet. In den letzten Jahren wurden drastische Veränderungen in der Steuerstruktur vorgenommen: Während wir über Lohnsteuer und v.a. über Mehrwertsteuer und Gebühren immer mehr in den Staatssack einzahlen, sinken die Abgaben der Unternehmer und der Wohlhabenden drastisch. Die durch die Regierung geplante Generalamnestie für Steuerverbrechen setzt dieser Entwicklung die Krone auf.

WACHSENDE KLUFT

Das Einkommensgefälle zwischen Arm und Reich ist in den letzten Jahren weiter beträchtlich gestiegen. Es stehen sich also sehr unterschiedliche Interessen gegenüber. Es gibt kein einheitliches „Wir“. „Wir“ müssen nicht sparen, wir profitieren nicht überproportional von den Staatsausgaben, wir haben keine Steuerschulden in Milliardenhöhe. Beim

Austrian Business Agency Inserat Wirtschafts-Spiegel 7-8/97: „Steuerparadies Österreich“: „Halbe Abgabenlast, großzügige Möglichkeiten der Gewinnminderung - in Österreich geht es deutschen Unternehmen gut, Sonntagsarbeit ohne Zuschlag: flexible Arbeitszeiten ermöglichen Einsparungen in Millionenhöhe“

Widerstand ist eine Kunst?

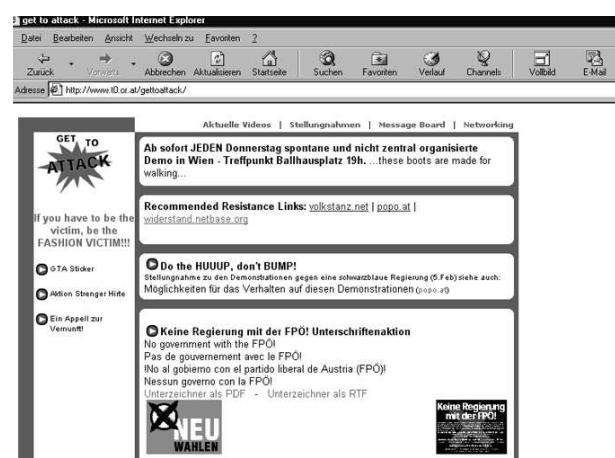
Widerst@nd!

"Alles neu macht SMS", das ist der Grundton der "wohlwollenden" Berichterstattung in Standard, profil und Co. über die Widerstandsbewegung der letzten Wochen. Auch in der Bewegung selbst ist eine Diskussion über "alte, verstaubte" und "neue, kreative" Widerstandsformen ausgebrochen. Doch wird eine Demonstration "neuer und kreativer", weil via SMS dafür mobilisiert wird?

VON HARALD MAHRER,
SLP-BUNDESVORSTAND

Diese Bewegung hat viele neue Gesichter des Widerstands gezeigt, sie hat ein - für österreichische Verhältnisse - nie gekanntes Maß an Spontaneität und Kreativität aber auch an Ausdauer hervorgebracht. Dass für die Demonstrationen via Internet und SMS mobilisiert wurde, ist dabei allerdings nur eine Nebensache. Erstens stellten diese beiden Methoden noch immer ein Randphänomen dar und zweitens erwie-

Verständnis von "Kunst als Bühne des Widerstands". Eben gerade diese Eigeninitiative aus der Bewegung, das "sich selbst einbringen" ist das Neue und zeitigte höchst kreative Ausdrucksformen. Die Bühnen für diese neue Kreativität waren in den meisten Fällen weder virtuell noch neu: Demonstrationen. Genau darin liegt die Stärke dieser Bewegung: In der Einbeziehung von tausenden Menschen in die bewährten Formen des Widerstands, Demonstrationen und in begrenztem Maße auch Streiks (SchülerInnen). Es



Neuodisch werden
Wandzeitungen auch
Webpage genannt.
Ihr Vorteil: Sie müs-
sen nicht aufgeklebt
werden.

sen sie sich eher als technisierte Erweiterung der eigentlichen Mobilisierungsmethode: Mundpropaganda. Die gute alte Telefonkette wurde durch SMS und Email ergänzt. Webpages deckten einen Bereich der Information und Kommunikation ab, der in ähnlicher Form in früheren Bewegungen von Wandzeitungen abgedeckt wurde und zu einem Teil auch noch wird. Internet und Handy sind vor allem eines: praktisch.

WIDERSTAND UND KREATIVITÄT

Die Bewegung hat spontane Kreativität entwickelt. Die Demonstration gegen den Opernball verhöhnte kunstvoll maskiert und mit humoristischem Scharfsinn die Herrschenden. Der "Trojanische Esel" entlockte Jeder/m ein Schmunzeln. Auch die spontane Besetzung des Burgtheaters während einer Vorstellung zeigte ein neues

sind eben nicht nur die Ideen und Handlungen einiger Weniger, sondern jene von tausenden Menschen. Demonstrationen, aber auch Streiks sind nicht nur äußerst effektive Widerstandsformen, sie müssen keineswegs "angegrauta" Mittel sein. Es gibt genügend historische Beispiele (z.B. Frankreich 1968), wo bei Streiks kulturelle Aktionen in den Fabrikshallen stattfanden. Anstatt uns von den bürgerlichen Medien, die "natürlich" kein Interesse am effektiven Widerstand haben, Sand in die Augen streuen zu lassen, sollten wir die Diskussion in der Bewegung darüber führen, wie wir möglichst effektiv und kreativ unseren Widerstand ausweiten und verbreitern können. Denn Widerstand ausweiten heißt auch, neue Quellen der Kreativität zu erschließen und Effizienz sind wir uns selbst schuldig, wollen wir doch nicht, dass all die

Margarete Schütte-Lihotzky und ihre Architektur:

Zeitzeugin eines Jahrhunderts

Die am 18. Jänner 2000 verstorbene Widerstandskämpferin Margarete Schütte-Lihotzky war nicht nur die größte Architektin Österreichs, sondern auch eine bedeutende Figur der Frauenbewegung und ist ein Symbol für den Umgang der 2. Republik mit dem Nationalsozialismus und seinen Opfern.

VON SASCHA PIRKER
SLP WIEN-SÜD

"Bevor sie einen Strich machen, gehen sie in die Arbeiterbezirke und schauen sie sich an, wie die Arbeiter wirklich leben!" dieser Satz ihres Lehrers, des Architekten Strnad, sollte zu einem Leitmotiv der Arbeit Margarete Schütte-Lihotzkys werden. Schütte-Lihotzky beendete 1920 ihr Studium an der Kunstgewerbeschule, da es Frauen damals untersagt war, an anderen Hochschulen Architektur zu studieren. Ihr Engagement in der Siedlerbewegung sensibilisierte sie für

gemein: Die Entlastung der Frauen. Schütte-Lihotzky sah dabei zwei große Arbeitsgebiete, erstens die Vereinfachung der Haushaltsführung und weiters die Sorge für die Kinder. Einen Höhepunkt in ihrem Streben danach bildete die „Frankfurter Küche“, die erste Einbauküche. In ihrer Frankfurter Zeit entwarf sie auch eine Wohnung für die alleinstehende berufstätige Frau. Bei all ihren Modellen versuchte sie wissenschaftliche Zeit- und Bewegungsstudien möglichst gut in den realen Alltag zu übersetzen. In den 30er Jahren plante Grete Schütte-

Berufsverbot auferlegt. Es wurde zwar nicht ausgesprochen, äußerte sich aber durch ein Ausbleiben von Aufträgen der öffentlichen Hand. Das Verhalten der Gemeinde Wien der Künstlerin gegenüber ist exemplarisch für die Ausgrenzungs-politik der Sozialdemokratischen Partei gegenüber der KPÖ. Während der NS-Verbrecher Gross SPÖ-Mitglied und ein angesehener Gerichtsgutachter wurde, bekam Schütte-Lihotzky in der 2. Republik nur vier kommunale Aufträge. Es verwundert auch kaum, dass die zahlreichen von ihr projektierten Denkmäler für die Opfer des Nationalsozialismus nie gebaut wurden.

Nach dem Krieg engagierte sie sich im Bund Demokratischer Frauen Österreichs und war auch international in der Frauenbewegung tätig. Neben einigen

Margarete
Schütte-Lihotzky

die Probleme der ArbeiterInnenschaft. 1926 wurde sie von Ernst May, dem damaligen Stadtrat für Bauwesen und Städtebau in Frankfurt nach Deutschland geholt, um an zahlreichen Siedlungsprojekten mitzuarbeiten. In Frankfurt strebte man nach einem höchstmöglichen Grad an Normierung und somit Rationalisierung, um für die wohnungslosen Massen bauen zu können.

Die Architektin suchte nach neuen Organisationsformen und bediente sich neuer Techniken - wie des Plattenbaus. Für sie stand immer die Funktionalität im Vordergrund, ihr unterwarf sie ihre architektonische Sprache. Es war keine Kunst zum Selbstzweck, die Schütte-Lihotzky schuf. Sie verfing sich bei ihren Entwürfen nicht in Metaphern für eine "bessere" Gesellschaft, sondern "beschränkte" sich darauf, sozial zu bauen. All ihren Entwürfen ist ein Ziel

Lihotzky soziale Einrichtungen in den Retortenstädten der Sowjetunion. Auch besuchte sie China und Japan, ehe sie nach Istanbul ging, um sich dort dem österreichischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus anzuschließen. Kurz nachdem Margarete Schütte-Lihotzky nach Österreich zurückgekehrt war, um im Untergrund tätig zu werden, wurde sie verhaftet und entging in der Folge nur knapp dem Todesurteil. Sie blieb bis zu Kriegsende inhaftiert. Die oft gestellte Frage, warum sie aus dem sicheren Ausland zurückgekehrt sei, empörte die Architektin bis zuletzt. Sie verstand ihren Entschluss, sich im Widerstand zu engagieren, als eine logische Konsequenz der Ereignisse.

Ihr Eintritt in die Kommunistische Partei im Jahre 1939 und ihr Einsatz im Widerstand bedeuteten eine Zäsur für ihre Arbeit als Architektin. Nach dem Krieg wurde der Architektin defacto ein

wenigen Bauten in Wien, dem Globus Gebäude etwa, plante Lihotzky Kindergärten in der DDR und für das kubanische Erziehungsministerium. Während sie in ihrer Vaterstadt boykottiert wurde, brachte man ihr auf internationaler Ebene große Wertschätzung entgegen. Erst in Lihotzkys letzten Lebensjahrzehnten wurde die Widerstandskämpferin "rehabilitiert" und erfuhr endlich die ihr gebührenden Ehrungen. So erhielt sie zu ihrem hundertsten Geburtstag als erste Frau überhaupt die Ehrendoktorwürde der Technischen Universität Wien. Als ihr 1988 Kurt Waldheim das Ehrenzeichen der Republik für Wissenschaft und Kunst überreichen sollte, lehnte sie dieses aber mit dem Hinweis auf die NS-Vergangenheit des Bundespräsidenten ab. Späte Anerkennung widerfuhr ihr 1993 mit der Ausstellung "Margarete Schütte-Lihotzky. Soziale Architektur."

Keine Abo-Karte mehr?



Du kannst uns auch
fernmündlich bzw.
fernscriptlich erreichen!

kalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltung

Die SLP-Treffpunkte:

WIEN-WEST: Jeden Dienstag um 19 Uhr Club International, 16, Payerg. 14

WIEN-MITTE: Jd. Mittwoch um 19 Uhr Amerlinghaus, 7, Stiftgasse 8

WIEN-SÜD: Jeden Freitag um 19 Uhr Harlikarnas, 5, Spengerg. 31

WIEN-NORD: Jeden Freitag um 19 Uhr Sperlhof, 2, Große Sperlgasse 41

GEWERKSCHAFTSTAMMTISCH:

Jeden 1. & 3. Montag im Monat, 19.30 Club International, 16, Payerg. 14

FRAUENSTAMMTISCH:

(nur für Frauen) Jeden 2. & 4. Montag im Monat, 19.00 Zentrum Erdberg, 3, Lechnerstr. 2-4

Die JRE-Treffpunkte:

SAP: Jeden Donnerstag um 19.30 Uhr Grünes Lokal; 6, Eckertg./ Ecke Dürerg.

JRE: Jeden Montag um 19.00 Uhr

Die SLP-Veranstaltungen im März:

Orte und Beginnzeiten bitte den „SLP-Treffpunkten“ entnehmen.

. APRIL: "SLP-WIEN-SÜD"

. APRIL: SLP-FRAUENSTAMMTISCH

. APRIL: SLP-WIEN-NORD

12. APRIL: „DER OKTOBERSTREIK 1950 - DER LETZTE GROSSE STREIK IN ÖSTERREICH“ SLP-WIEN-MITTE

17. APRIL: „WIE WEITER GEGEN DIE BLAU-SCHWARZE REGIERUNG“ SLP-GEWERKSCHAFTSTAMMTISCH

24. APRIL: „JUGOSLAWIEN -GESCHICHTE UND GEGENWART“ SLP-WIEN-WEST

30. APRIL 100X VORWÄRTS DAS FEST

AB 20 UHR, CAFE CARINA, U6 STATION JOSEFSTÄDTERSTRASSE (U-BAHNBOGEN)

Demonstrationen im April:

JEDEN DONNERSTAG: Demonstration gegen Blau-Schwarz, jeweils 19 Uhr, Ballhausplatz (jede Woche geht's durch andere Bezirke!)

Neuigkeiten

aus dem CWI

Hoch die internationale Solidarität

Ganz anders als die heuchlerischen Krokodilstränen der EU-Staatschefs über die FPÖ Regierungsbeziehung sieht die internationale Solidarität des CWI aus. In einer Reihe von Ländern gab es in den vergangenen Wochen Kundgebungen und Demonstrationen gegen Rassismus und Sozialabbau. Betont wurde dabei nicht nur die Ablehnung der FPÖ, sondern all jener Parteien, die für eine solche Politik stehen. Groß war auch die Solidarität mit den Studierenden an der Uni-Wien und mit den BesetzerInnen des Audimax. Die „Aktive Linkse Studenten“ in Belgien solidarisierten sich unter dem Motto „Neun zu Acht, Arbeitslosigkeit, Haider... Wir kämpfen für etwas besseres“. Die Elevkampanjen in Schweden organisierte tausende Jugendliche auf verschiedenen Demos gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Und „Safe Free Education“ eine Studierendenorganisation in Britannien, die für gegen Studiengebühren kämpft unterstützt die österreichischen Studierenden und ihre Ablehnung des Regierungsprogramms.

Europaweites CWI-Frauentreffen

Am 25. und 26.3. fand in Köln das zweite internationale Frauentreffen des CWI mit Vertreterinnen aus Deutschland, Belgien, England, Schottland, USA, Griechenland, Schweden und Österreich statt. An diesem Wochenende wurden die Krise der Weltwirtschaft, welche Forderungen in Bezug auf Frauen im Übergangsprogramm gestellt werden, über das Werk von Engels „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“ und über Mitgliedergewinnung und Förderung von Frauen in den Sektionen des CWI diskutiert. Die internationalen Berichte machten deutlich, daß die Situation von Frauen weltweit nach wie vor gekennzeichnet ist von ökonomischer Ungleichheit, sexueller Unterdrückung und einer ideologischen Offensive die die Rolle der Frauen innerhalb eines konservativen Familienbildes festlegt. So wie in Österreich organisierten sich auch in den anderen Ländern Frauen innerhalb der Bewegung mit Veranstaltungen, Aktionen und Kampagnen gegen die Diskriminierung von Frauen. In Schweden etwa läuft eine sehr erfolgreiche Kampagne gegen Sexismus in der Schule und eine weitere gegen die Pornoindustrie.

Arbeitskampf in Australien

Victoria, einer der australischen Staaten, wird von einer Streikwelle von Flughafen-, E-Werks-, Feuerwehr- und Bauarbeiter erschüttert. Die zentralen Forderungen sind eine Arbeitszeitverkürzung auf 36-Wochenstunden ohne Lohneinbusen und eine Lohnerhöhung für drei Jahre von 24 %. Die australische Sektion des CWI, die Socialist Party, steht als aktiver Teil in dieser Bewegung. Erfolgreich kann diese Bewegung, die die Unternehmer bereits stark unter Druck gesetzt hat, wenn demokratisch gewählte Streikkomitees und Versammlungen der

Wahlen in Rußland:

RasPutins Wahlsieg

Putin errang bereits im ersten Gang der vorgezogenen Präsidentschaftswahlen die absolute Mehrheit: Knapper als erwartet, wie "Der Standard" bemerkte. Beginnt für Rußland nun eine Zeit der Stabilität und des Wohlstands? Ist Putins Stärke Ausdruck für eine Begeisterung über den Krieg gegen Tschetschenien?

**VON FRANZ BREIER JUN.,
SLP WIEN-MITTE**

Auch wenn uns die bürgerlichen Medien andere Bilder vorgaukeln - die überzeugte Zustimmung zu den Vertretern der herrschenden Eliten und ihrer Parteien ist genauso gering wie die Begeisterung für den Tschetschenien-Krieg: Es war anfangs nicht sicher, ob die notwendige 50%ige Wahlbeteiligung überhaupt erreicht wird. Im Endeffekt war sie niedriger als jemals zuvor (68,8%). Es gab weiters einen organisierten Aufruf eines "links-liberalen" Bündnisses "gegen alle Kandidaten", der eine breite Stimmung in der Bevölkerung widerspiegelt. Und obwohl die sogenannte Kommunistische Partei Jelzin und jetzt Putin in den wesentlichen Punkten immer unterstützt hat (in der Wirtschafts- wie praktisch auch der Kriegspolitik), erzielte ihr Spitzenkandidat Sjuganov als einziger Gegenpart zu Putin rund 30%. Die Bedeutung des Krieges liegt für die Menschen weit hinter Themen wie "Arbeitsplatzsicherheit", "Lebensstandard" und "Gesundheitswesen" zurück. Nationalistische Hysterie aufgrund der Kaukasus-Offensive ist kaum festzustellen.

**DIE HERRSCENDEN
RÜCKEN ZUSAMMEN**
Die pro-westliche bürgerliche Opposition

hat es nicht geschafft, einen erfolgreichen gemeinsamen Kandidaten zu platzieren. Was ist dafür verantwortlich: Das Fehlen einer starken liberalen Partei oder das Fehlen einer starken liberalen Bourgeoisie überhaupt? Viele Teile dieses und des weiter rechten Lagers wechselten während des (im übrigen kaum vorhandenen) Wahlkampfs auf die Seite Putins. Hinter Putin steht nun nicht nur der Großteil der Mafia-Kapitalisten, die den Bärenanteil der Wirtschaft kontrollieren, sondern relativ geschlossen auch die regionale und nationale staatliche Bürokratie, selbst viele pro-kommunistische lokale Statthalter setzten auf ihn.

ERFOLG OHNE FUNDAMENT

Putins scheinbar überwältigender Erfolg steht auf wackeligen Beinen. Seine Popularitätswerte fielen seit Jänner um rund 20 Prozentpunkte. Putin kommt unter relativ günstigen Umständen an die Macht, da sich Rußland in den letzten Monaten von den wirtschaftlichen Einbrüchen, leicht erholt hat. Die Folgen der Rubel-Abwertung vom August 1998 (verstärkte Inlandsnachfrage und -produktion) und weiter steigende Öl-Preise am Weltmarkt führten dazu, dass Rückstände bei der Lohnauszahlung abgebaut und die Arbeitslosigkeit vorübergehend gedämpft wurden. Mit einem Ende der Misere für die russischen Massen durch

**Wahlsieg mit
Bomben und
Granaten.**



die Auswirkungen der kapitalistischen Restauration, der Privatisierungen, der Korruption durch die herrschende Elite etc. hat dies aber nichts zu tun. Einer Steigerung der Industrieproduktion von 8% letztes Jahr steht ein Fall von 50% (!) seit 1990 gegenüber.

STARKER MANN - STARKER STAAT

Putin wird, ebenso wie es Jelzin tat, in den kommenden sozialen und politischen Konflikten versuchen, immer größeres Machtpotential zu konzentrieren. Er steht für einen "starken Staat" und wird verstärkt auf den Chauvinismus setzen. Das sehen auch VertreterInnen des gemäßigten Flügels der Bourgeoisie, die vom "Beginn eines autoritären Regimes" sprechen (Ewgenia Albats von der "Union Rechter Kräfte"). Eine ernste Gefahr stellt

dies aber vor allem für die Masse der arbeitenden bzw. arbeitslosen Menschen dar. Putin drohte streikenden Arbeitern bereits offen mit Gewalt.

UNABHÄNGIGE ARBEITERINNENPARTEI

Für die russische ArbeiterInnenklasse ist daher der Aufbau einer eigenen unabhängigen Kampfpartei und Bewegung zentral. Die KPRF, in die -trotz ihrer völlig reaktionären Politik- von manchen Teilen noch immer Illusionen gesetzt wurden, beweist immer deutlicher ihre Unfähigkeit und vor allem ihren Unwillen, vorhandenen Protest (etwa die Kämpfe der Bergarbeiter) zu organisieren, oder auch nur zu unterstützen. "Das sollte die Arbeit für eine neue ArbeiterInnenpartei in der kommenden Periode einfacher machen", kommentiert

Die angeblichen Sanktionen der EU gegen Österreich

Mit Chirac gegen Schüssel?

Seit der Regierungsangelobung der FPÖVP-Koalition sieht sich Österreich mit vehementer Kritik der 14 anderen EU-Länder konfrontiert. Österreich wird „isoliert“, es gibt „Sanktionen“. Die Diskussion über die Legitimität dieser, zum Teil sehr undifferenzierten Maßnahmen und Warnungen vernebelt vielen den Blick für das Wesentliche.

von NIKOLAUS PERNECKI UND SONJA GRUSCH

Tatsache ist, daß erstens die Sanktionen sehr willkürlich, oft nicht nachvollziehbar, praktisch völlig ineffektiv und zweitens scheinheilig sind. Schulklassen werden ausgeladen während gleichzeitig die wirtschaftlichen Beziehungen teilweise sogar ausgebaut werden.

HEUCHLERISCHE KRITIK

Die Proteste der EU-Staaten sind letztlich nicht mehr als Krokodilstränen. Der Großteil der Kritik richtet sich zwar gegen Haiders Sager zum Nationalsozialismus, aber nicht gegen die Politik und Programmatik der FPÖ. Wo sind die „humanen Werte“ der EU wenn es darum geht, die Festung Europa aufzubauen und Flüchtlinge abzuschließen? Und wo sind die „demokratischen Prinzipien“, wenn es um die Durchsetzung neoliberaler Politik und dem damit verbundenen Sozialabbau auf Kosten von Jugendlichen, Arbeitslosen und Beschäftigten geht? In vielen europäischen Ländern sitzen rechtsextreme Parteien im Parlament, werden Flüchtlinge abgeschoben, gibt es Übergriffe auf ImmigrantInnen.

Das macht deutlich, warum nicht die eigentliche Politik der neuen Regierung zum Hauptangriffspunkt der kritischen Stimmen aus der EU wird. Denn die Wirtschaftspolitik der neuen Regierung entspricht den neoliberalen EU-Vorstellungen: Privatisierung, Liberalisierung, Abbau von Schutzmaßnahmen für ArbeitnehmerInnen... Genau diese Politik ist es, die rechtsextreme Organisationen und Parteien ebnen. Es mag durchaus stimmen, daß manche EU-PolitikerIn tatsächlich ehrlich besorgt ist, über das Erstarken der Rechten. Diesen kann der Vorwurf aber nicht erspart bleiben, naiv zu sein. Wer Sozialabbau betreibt und gegen ImmigrantInnen vorgeht darf sich nicht wundern, wenn auf diesem Boden rechtsextreme Gedanken wachsen. Ein weiterer Grund für ihre Furcht ist die Gefahr, daß eine Stärkung der extremen Rechten im eigenen Land eine Konkurrenz für die altehrwürdigen und zur Zeit angeschlagenen und maroden bürgerlichen Parteien bedeuten würde.

NATIONALER SCHULTERSCHLUSS

Der von der Regierung geforderte nationale Schulterschluß gegen die Sanktionen ist zwar nicht zustandegekommen, dennoch bemühen sich SPÖ und Grüne



**Der Rüttischwur gegen
rechten Extremismus?**

„den Schaden für Österreich“ abzuwenden und sich selbst als die besseren Österreicher, die wahren Patrioten darzustellen. Und verschweigen dabei ebenso, daß auch sie für ähnlichen Sozialabbau und teilweise restriktive AusländerInnenpolitik stehen.

Die Sanktionen der 14 EU-Staaten bringen uns im Kampf gegen diese Regierung nicht weiter. Eine konsequente Isolation dieser Regierung wäre natürlich positiv. Aber die EU ist nur zu einer scheinheilig, willkürlichen und ineffektiven Form in der Lage. Die große Gefahr: Eine besondere Legitimität für diese Regierung,

wenn sie die EU-Sanktionen übersteht und diese aufgehoben werden. Schüssel wird sich dann hinstellen und behaupten, „nach anfänglichem Widerstand aus der EU haben wir nun gezeigt, was wir können“.

Was tatsächlich wichtig wäre, ist die internationale Solidarität „von Unten“: Es gibt und gab in den letzten Jahren eine Reihe von Initiativen - im Gewerkschafts-, Arbeitslosen und Jugendbereich - in denen auch die verschiedenen Sektionen des CWI eine Rolle spielen und die der Ansatz für Widerstand sein kann, der auch eine Alternative - eine

Jugend im Widerstand

Schon zu Beginn der Proteste gegen Blau-Schwarz war klar: Soll diese Regierung wirklich gestürzt werden, dann sind Demonstrationen allein zu wenig. So stand die Lösung der Ausweitung des Widerstands in die verschiedensten Bereiche von Anfang an im Vordergrund. Im zunehmenden Ausmaß wurde auch die Forderung nach Streik laut. Doch vor allem so lange der ÖGB nicht handelt, werden es junge Menschen sein müssen, die die Ausweitung der Kämpfe vorantreiben.

VON KEN HORVATH,
SLP-BUNDESLEITUNG

Konkret stellt sich zur Zeit für die StudentInnen die Frage, wie der Verantwortung nicht nur für die eigene Zukunft, sondern für die gesamte Bewegung Rechnung getragen werden kann. Jetzt liegt es an ihnen, der Bewegung neues Leben zu geben.

SCHÜLERINNENSTREIK

Der SchülerInnenstreik vom 18.02. muß dabei als positives Beispiel genannt werden. Der Wille, für die eigene Zukunft zu kämpfen und der Mut, nicht nur gegen die reaktionäre Politik einer Ministerin Gehrer, sondern gegen die ganze Regierung auf die Straße zu gehen, wurde mit einem überraschend hohen politischen Bewusstsein verbunden. Die Resolution an den ÖGB, die noch auf der Demo verabschiedet wurde, kann als eindeutige Bestätigung für das hohe politische Niveau des SchülerInnenstreiks gesehen werden. Natürlich spielt es dabei eine Rolle, daß die SchülerInnenAktionsPlattform (SAP) - die diesen Streik initiiert hat - diese Aspekte in die Bewegung einbrachte. Aber genau darin liegt auch die Rolle und Verantwortung einer linken SchülerInnenorganisation - die eigenen

Konzepte offen zu vertreten und zu versuchen, sie mehrheitsfähig zu machen.

UNI-WARNSTREIK

Auf den Unis sieht's da leider noch ein wenig anders aus. Nach den ersten Wochen des Widerstands an der Uni Wien kristallisiert sich klar eine doppelte Aufgabenstellung heraus. Notwendig ist die Koordination der Aktivitäten und Ausweitung nach außen - an andere Universitäten wie in andere gesellschaftliche Bereiche. Gleichzeitig müssen die Studierenden direkt erreicht und angesprochen werden. Die effektivste Form dazu ist die inhaltliche "Aufklärung" mit konkreten Formen des Widerstands zu verbinden. Es gilt, die zahlreich geplanten Aktivitäten an den Instituten in einen breiten Rahmen einzubetten und mit der gesamten Bewegung zu verknüpfen. Dann wird ein weiterer wichtiger Schritt im Kampf gegen Blau-Schwarz getan sein.

Doch dazu ist ein mutiges und offensives Vorgehen nötig. Wäre die SchülerInnen-AktionsPlattform (SAP) nicht schon sofort nach den Wahlen vom 3.10. mit dem Aufruf zum Streik in die Offensive gegangen und hätte sie nicht begonnen, Kontakte zu Schulen zu knüpfen, wäre ein Schulstreik mit 15.000 Teilnehmern

Innen schlicht und einfach nicht zustande gekommen.

Verglichen mit dem Schulbereich fällt es auf den Unis allerdings erheblich schwerer, ohne (offizielle) Studienrichtungsvertretungen oder zumindest etablierte StudentInnenorganisationen Widerstand zu organisieren. Zumindest so lange eine erhebliche Anzahl von Studierenden die Notwendigkeit des aktiven Widerstands nicht erkannt hat, lastet ein Großteil der Verantwortung auf diesen StudentInnenstrukturen.

BEISPIEL FRANKREICH

Eben um das mühselige Erbe der Sozialpartnerschaft abzuschütteln, wäre es jetzt an der Zeit, vor allem der Jugend eines klar zu machen: Streik ist nicht nur das allerletzte Mittel, um Verschlechterungen abzuwehren. Dass in Frankreich LehrerInnen und SchülerInnen für Verbesserungen streiken und nicht, um Verschlechterungen rückgängig zu machen, scheint vielen unglaublich - ist aber trotzdem wahr und richtig! Dass die SchülerInnen gezeigt haben, dass rassistische Hetze, sexistische Maßnahmen, Sozial- und Bildungsabbau sowie reaktionäre Ideologie nur eine Antwort verdient haben, stimmt zuversichtlich.

Auch wenn der Widerstand an der Uni bis jetzt eher schwach war so werden die StudentInnen dies erkennen - hoffentlich bevor Angriffe wie Studiengebühren in Gesetze gegossen sind. Und irgendwann werden auch in Österreich Kämpfe nicht nur Rückzugsgefechte sein.



Frankreich: Streiks der LehrerInnen

So geht's auch!

In den österreichischen Medien kaum beachtet, findet in Frankreich momentan eine große Streikbewegung statt: Ca. 45 % der LehrerInnen in ganz Frankreich folgten dem Aufruf der fünf größten Gewerkschaften und legten bereits zweimal die Arbeit für einen Tag nieder, um mehr Mittel für den Bildungsbereich zu fordern, unzählige Schulen sind im unbefristeten Streik. Am 24. März demonstrierten 100.000 Menschen in Paris, Kundgebungen fanden in ganz Frankreich statt.

VON PHILLIP FLEISCHMANN,
SLP WIEN MITTE

SchülerInnen und Eltern solidarisieren sich breit, ein Grossteil der DemonstrantInnen sind Jugendliche, außerdem unterstützen die zwei größten Elternorganisationen die Forderungen. In erster Linie wollen die Streikenden folgendes: Mehr LehrerInnenposten, bessere Verträge und kleinere Klassen. Die KlassenschülerInnenhöchstzahl ist mit 35 fast so hoch wie in Österreich (36). Kamen 1989/90 in einem südfranzösischen Gymnasium auf drei unbefristete LehrerInnenposten noch 615 SchülerInnen, so werden es im nächsten Jahr 830 sein. Die fehlenden Plätze werden mit Hilfslehrpersonen aus-

gefüllt, die zum Teil eine schlechtere Ausbildung haben und vor allem bei den Dienstverträgen stark benachteiligt werden (Prekäre Beschäftigung, Ein-Jahres-Kettenverträge ähnlich wie in Österreich). Laut wurde in dieser Bewegung auch die Forderung nach dem Rücktritt des Bildungsministers Claude Allègre, der 1995, nach den großen Protesten gegen die Rechtsregierung mit dem Versprechen angetreten war, denen mehr zu geben, die wenig haben und den öffentlichen Bildungssektor zu verteidigen. Jetzt war er derjenige, der die Autonomie der Schulen, und damit ihre Umwandlung in eigenständige "Unternehmen", vorantrieb. Der "Druck der Straße" zwang Jospin mittlerweile, Allègre auszutauschen...



30. APRIL 100X VORWÄRTS DAS FEST
AB 20 UHR, CAFE CARINA, U6 STATION JOSEFSTÄDTERSTRASSE (U-BAHNBÖGEN)

Die Sozialistische LinksPartei - Wer wir sind und was wir wollen:

- Nein zum Sozialabbau! Für Umverteilung von oben nach unten!
- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen – bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Mindestlohn ÖS 13.000,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit – sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Statt Kürzungen im Bildungsbereich eine Ausbildungsoffensive.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung – Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf

- und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus und den rassistischen Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle!
- Nein zu einem repressiven, rechtsextrem durchsetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen

- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.
- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.
- Wir wollen eine breite Opposition links von SPÖ und Grünen, eine Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis mitaufbauen!
- Für eine neue internationale ArbeiterInnenbewegung!
- Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.